



PRESSESPRECHER

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>



PRESSESPRECHERIN

Petra Bräutigam

Landeshaus 24171 Kiel

Telefon 0431-988-1305/1307

Telefax 0431-988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de

Internet: www.spd.ltsh.de

Kiel, 6. September 2006

Johannes Callsen (CDU) und Regina Poersch (SPD) Für Erdkabel bei Wirtschaftlichkeit - Gegen höhere Strompreise

Zur heutigen Beschlussfassung im Wirtschaftsausschuss des Landtages zum Thema „Erdkabel bei Wirtschaftlichkeit - Gegen höhere Strompreise“, erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, und die zuständige Fachsprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Regina Poersch:

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben mit ihrem heutigen Änderungsantrag ein Signal für Erdkabel, wenn eine wirtschaftliche Lösung realisierbar ist, gegeben und damit insbesondere den Interessen der betroffenen Regionen Rechnung getragen. Zugleich müssen wir dafür Sorge tragen, dass es hierdurch nicht zu Strompreiserhöhungen kommt.

Angesichts der anstehenden Entscheidungen zwischen Erdkabeln oder Freilandleitungen beim notwendigen Stromnetzausbau zwischen Breklum-Flensburg, Heide-Pöschendorf und Göhl-Lübeck sprechen wir uns grundsätzlich für Erdverkabelungen aus.

Wir sind der Auffassung, dass neue Hochspannungskabel als Erdkabel, wo dies technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar ist, der Vorrang eingeräumt werden sollte, da sie die Landschaft schonen, den Tourismus und die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen nicht beeinträchtigen und bei extremen Wetterereignissen eine bessere Versorgungssicherheit bieten.

Angesichts steigender Energiepreise, die zu einer zunehmenden Belastung für Bürger und Unternehmen werden, erwarten wir allerdings, dass sich die Erzeuger regenerativer Energien angemessen an den möglichen Mehrkosten von Erdkabeln beteiligen, um eine Strompreiserhöhung zu vermeiden.

Auch Netzbetreiber und zuständige Genehmigungsbehörden sind aufgefordert, einen zügigen und wirtschaftlichen Ausbau zu unterstützen.